

<b>Protokoll:</b>	<b>Sozial- und Gesundheitsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	6
		<b>TOP:</b>	5
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	886/2022
		<b>GZ:</b>	SI
<b>Sitzungstermin:</b>	23.01.2023		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BMin Dr. Sußmann		
<b>Berichterstattung:</b>	Frau Polat (SozA), Herr Ohm (GesundhA), Frau Schwegler (Evangelische Gesellschaft Stuttgart e. V.)		
<b>Protokollführung:</b>	Herr Krasovskij / fr		
<b>Betreff:</b>	<b>Weibliche Genitalverstümmelung an Frauen und Mädchen, Bericht des Runden Tisches FGM-C</b>		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 09.01.2023, GRDRs 886/2022. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

BMin Dr. Sußmann verweist eingangs auf die Vorlage. Die Vorsitzende begrüßt die Arbeit des Runden Tisches FGM-C und dankt allen Beteiligten für die gute Kooperation bei diesem wichtigen Thema. Dem Dank schließen sich im Verlauf der kurzen Aussprache auch die Ratsmitglieder an.

In ihren Wortmeldungen betonen die StRinnen Silverij (90/GRÜNE), Durst (CDU) und Dr. Hackl (SPD), dass eine gesellschaftliche Enttabuisierung des Themas "Weibliche Genitalverstümmelung an Frauen und Mädchen" notwendig sei. Die Stadträtinnen plädieren in diesem Zusammenhang für eine breit angelegte Aufklärungs-, Sensibilisierungs- und Präventionsarbeit in verschiedenen Bereichen - insbesondere an Schulen, unter Geflüchteten und in potenziell gefährdeten Communities von Menschen mit Migrationshintergrund.

StRin Durst spricht sich dafür aus, dass die Präventionsarbeit möglichst frühzeitig begonnen werden müsse, und bspw. auch auf Elternabenden in Kitas über das Thema informiert werden sollte.

Ferner fordert die Stadträtin höhere Strafen für Beschneider und Beschneiderinnen und regt an, beim Runden Tisch FGM-C auch Religionsgemeinschaften und das Forum der Kulturen einzubinden.

Durch StRin Dr. Hackl wird hinzugefügt, dass am Runden Tisch auch die Flüchtlingsorganisationen beteiligt werden sollten. Die Stadträtin unterstreicht, dass eine Aufklärungsarbeit zum Thema "weibliche Genitalverstümmelung" sowie Beratungs- und Unterstützungsangebote für die Betroffenen gerade auch in den Flüchtlingsunterkünften und in den Erstaufnahmestellen des Landes wichtig seien. StRin Dr. Hackl bittet BMin Dr. Sußmann, auf Landesebene darauf hinzuweisen.

Im Folgenden machen die StRinnen Dr. Hackl und Meergans (SPD) darauf aufmerksam, dass Genitalverstümmelung bei manchen geflüchteten Frauen der Grund für ihre Flucht sei, diese das aber bei der Beantragung des Asyls aus Angst oder Scham nicht angeben würden. Falls sich die Frauen im weiteren Asylverfahren doch dafür entscheiden sollten, den wahren Fluchtgrund preiszugeben und sich in widersprüchliche Aussagen verstricken, könnte dies für sie zu großen Problemen bis hin zu einer Abschiebung führen. Die Stadträtinnen plädieren dafür, dass weibliche Genitalverstümmelung wie auch frauenspezifische Fluchtgründe wie Zwangsehe oder Zwangsprostitution als Asylgründe anerkannt werden sollten und bei der Aufnahme in den Erstaufnahmestellen thematisiert werden müssten.

Nach einer Nachfrage durch StRin Dr. Hackl erklärt Herr Ohm (GesundhA), dass im Hinblick auf die in diesem Jahr anstehenden Haushaltsplanberatungen vonseiten der Verwaltung ein entsprechender Stellenplanantrag zur Umsetzung der Themen der Istanbul-Konvention durch die Abteilung OB-ICG erfolgen werde.

Zudem werde sich in Zukunft zeigen, ob ggf. weitere personelle Bedarfe zur Umsetzung der kommunalen Beratungsarbeit notwendig sein werden.

Im weiteren Verlauf kommen die StRinnen Silverii und Dr. Hackl auf den Schutzbrief des Bundes gegen weibliche Genitalverstümmelung zu sprechen.

Frau Polat (SozA) berichtet in diesem Zusammenhang, dass dieser Schutzbrief breit gestreut worden sei, bspw. an gynäkologische Praxen und andere Ärzte, verschiedene Beratungsstellen und an die Träger der Flüchtlingshilfe, um möglichst viele Betroffene oder potenziell gefährdete Frauen und Mädchen möglichst frühzeitig zu erreichen. Seitens der Verwaltung gebe es eine enge Zusammenarbeit mit der Landesärztekammer, wobei auch spezifische Fachtage veranstaltet würden, um das Thema stärker in den Fokus zu rücken.

Wie bereits zuvor die Stadträtinnen betont auch Frau Polat im Folgenden die Wichtigkeit einer möglichst breit angelegten und kultursensiblen Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema "weibliche Genitalverstümmelung". In diesem Kontext zeigt sie sich erfreut, dass beim Runden Tisch FGM-C seit kurzem auch der Stuttgarter Verein Afrokids mitbeteiligt ist, wenngleich für das Thema nicht nur afrikanische Communities, sondern auch andere Communities von Menschen mit einem Migrationshintergrund sensibilisiert werden müssen.

Ferner unterstreicht die Verwaltungsmitarbeiterin die gute Zusammenarbeit mit dem Land im Rahmen des Runden Tisches. Auf Landesebene habe zudem seit Jahresbe-

ginn eine Koordinierungsstelle ihre Arbeit aufgenommen. Eine entsprechende Homepage zum Thema FGM-C mit Informationen für Betroffene und (medizinische) Fachkräfte ist in Planung.

Abschließend macht Frau Polat die Ratsmitglieder darauf aufmerksam, dass am 07.02.2023 im Rahmen des Internationalen Tages gegen Genitalverstümmelung eine Filmveranstaltung stattfinden wird. Diese wird vom Sozialamt, dem Gesundheitsamt und der Abteilung individuelle Chancengleichheit (OB-ICG) organisiert. Die Protagonistin, Frau Beryl Magoko, wird zu einem anschließenden Gespräch anwesend sein. Am gleichen Tag findet mit Frau Magoko eine Fortbildung für Hebammen statt.

StRin Silverii macht im Folgenden darauf aufmerksam, dass sich der Zugang gerade zu afrikanischen Frauen häufig als schwierig gestaltet. Deshalb sei hier eine kultursensible Ansprache besonders wichtig. Außerdem hält die Stadträtin eine Schulung und Sensibilisierung von Gynäkologen, anderen Ärzten und medizinischem Personal wie z. B. Hebammen für das Thema "weibliche Genitalverstümmelung" für unbedingt notwendig.

Durch StRin von Stein (FW) wird im Folgenden darauf hingewiesen, dass viele junge Frauen und Mädchen möglicherweise einen Loyalitätskonflikt durchleben, falls in ihren Familien oder Kulturen eine Beschneidung aus religiösen oder traditionellen Gründen erwünscht sei oder gefordert werde.

Abschließend werden weitere wenige Verständnisfragen der Ratsmitglieder zur Vorlage durch Frau Polat und Frau Schwegler (Evangelische Gesellschaft Stuttgart e. V.) beantwortet.

Danach stellt BMin Dr. Sußmann fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat von der GRDRs 886/2022 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Krasovskij / fr

## Verteiler:

- I. Referat SI  
zur Weiterbehandlung  
Sozialamt  
Gesundheitsamt
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. OB-ICG
  3. Referat JB  
Jugendamt (2)
  4. Stadtkämmerei (2)
  5. Amt für Revision
  6. L/OB-K
  7. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. CDU-Fraktion
  3. SPD-Fraktion
  4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  5. FDP-Fraktion
  6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
  7. Fraktion FW
  8. AfD-Fraktion

*kursiv = kein Papierversand*